

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heusaallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 35/39  
Telex: 0586 846 pbbn d



## Inhalt

Marlies Kutsch, Leiterin des Arbeitsstabes Frauenpolitik, zieht Bilanz aus ihrer Arbeit: Die begonnenen Ansätze versprechen Erfolg.

Seite 1/2

Gerhard Schröder MdB fordert, demonstrierende Jugendliche und Hausbesetzer nicht in die Legalität zurückzuknüppeln: Am Anfang muß der erkennbare Wille zur Reform stehen.

Seite 4/5

Paul Neumann MdB würdigt die Aussagen des Bundesverteidigungsministers vor dem Ausschuß: Die Bundeswehr braucht keinen Vergleich zu scheuen.

Seite 6/7

Hans Urbaniak MdB kommentiert die Unions-Strategie zur Montanmitbestimmung: Blüm setzt Verwirrspiel fort.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 53

18. März 1981

### Bilanz und Ausblick

Die begonnenen Ansätze versprechen Erfolg

Von Marlies Kutsch

Leiterin des Arbeitsstabes Frauenpolitik im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Wenn sich eine Arbeit ihrem Ende nähert, ist es guter Brauch, Bilanz zu ziehen. Dies will ich auch anlässlich meines Ausscheidens aus dem Arbeitsstab Frauenpolitik tun. Als ich die Leitung vor zwei Jahren übernahm, war der Arbeitsstab gerade geschaffen worden, mit dem Auftrag den Belangen der Frauen in der Regierungsarbeit mehr Gewicht zu verleihen. Der Arbeitsstab Frauenpolitik hat sich dementsprechend vor allem auf die Regierungsarbeit konzentriert, das heißt er hat alle Vorhaben der Bundesregierung auf ihre Auswirkungen auf Frauen geprüft, hat Anregungen und Vorschläge unterbreitet, wie die Situation von Frauen verbessert werden kann und hat anhand von Modellvorhaben Lösungsmöglichkeiten für besonders drängende Probleme aufgezeigt. Der Arbeitsstab Frauenpolitik hat zunächst die Probleme aufgegriffen, die ihm am dringlichsten schienen.

Bisher gab es für Frauen, die aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen hatten, kaum Möglichkeiten, sich mit den Anforderungen des Berufslebens wieder vertraut zu machen, sich über den Arbeitsmarkt und Beschäftigungsmöglichkeiten zu orientieren und ihre beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten wieder aufzufrischen. Der Arbeitsstab Frauenpolitik hat in Modellen in Düsseldorf, Rheine und Frankfurt Wege aufgezeigt, wie Frauen die Wiedereingliederung in den Beruf erleichtert werden kann.

Um die Chancen von Frauen im Beruf generell zu verbessern, habe ich mit einer Reihe von Firmen Gespräche über die Einführung von Frauenförderungsplänen auf freiwilliger Basis geführt. Dabei geht es in erster Linie darum, Frauen gezielt für solche Positionen zu fördern, die ihnen normalerweise nicht übertragen werden. Die Einführung solcher Frauenförderungspläne sieht in jedem Unternehmen anders aus. In einigen Unternehmen muß zum Teil durch gezielte Fortbildung von Frauen überhaupt erst die qualifikationsmäßige Voraussetzung für eine weitere Förderung von Frauen geschaffen werden. In anderen Firmen wieder muß festgelegt werden, zu welchem Prozentsatz innerhalb welchen Zeitraums welche Position mit Frauen zu besetzen sind. Ich bin sicher, daß von solcher erfolgreich durchgeführten Frauenförderung eine erhebliche Signalwirkung ausgehen wird.

Verwendeter Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Da die Frage der Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen in den Betrieben immer noch nicht gelöst ist, habe ich die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte dazu zusammenstellen und auswerten lassen und habe nun ein Kompendium vorgelegt, daß sowohl den betroffenen Frauen wie den Rechtssekretären der Gewerkschaften wie auch den Richtern und Anwälten helfen wird, sich schnell über die Fragen der Lohngleichheit zu informieren. Ich hoffe, daß möglichst viele Frauen dadurch ermutigt werden, sich auch im Klagewege gegen Benachteiligung in der Bezahlung zu wehren.

In immer mehr Familien sind beide Elterntelle erwerbstätig, auch wenn noch Kinder im Hause sind. Solche Familien leiden besonders unter der heute vorherrschenden Arbeitsorganisation die zu wenig Rücksicht auf die Belange der Familien nimmt. Da Frauen vielfach noch allein die Familienaufgaben wahrnehmen müssen, leiden sie ganz besonders unter der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Arbeitsstab Frauenpolitik hat deshalb eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag gegeben, die Möglichkeiten aufzeigen soll, wie die Arbeit organisiert werden kann, damit Männer und Frauen Familie und Beruf besser in Einklang bringen können.

Der Arbeitsstab Frauenpolitik kümmert sich jedoch nicht nur um erwerbstätige Frauen. Für Mütter, die sich isoliert fühlen, hat er ein Modell "Müttertreff" in Ludwigsburg finanziert. Dort versuchen die betroffenen Frauen gemeinsam mit Fachkräften, ihre Probleme zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten dafür zu entwickeln.

Das Problem der Gewalt gegen Frauen wird erst seit einigen Jahren von der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen. Der Arbeitsstab Frauenpolitik ist dabei, ein Modell für Hilfen für mißhandelte Frauen auf dem Lande zu entwickeln, nachdem die Förderung des ersten Berliner Frauenhauses durch das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit als Modell erfolgreich abgeschlossen ist. Für vergewaltigte Frauen werden Hilfen im Zusammenhang mit einem Notruftelefon erprobt.

Auch die Probleme junger Frauen sieht der Arbeitsstab Frauenpolitik. Da immer noch die überwiegende Mehrzahl der jungen Mädchen in traditionellen sogenannten Frauenberufen ausgebildet werden, wird die Berufsausbildung in solch einem Beruf untersucht und Ansätze für eine bessere Qualifikation von Mädchen auch in diesen Berufen aufgezeigt. Eine Reihe von jungen Mädchen hat Schwierigkeiten, sich in unsere Gesellschaft einzufinden. Diesen Mädchen gilt ein Projekt, in dem neue Ansätze für Jugendarbeit für Mädchen erprobt werden. Neben den Projekten, die praktische Hilfsmöglichkeiten für Frauen aufzeigen, werden noch eine Reihe von Untersuchungen im Auftrag des Arbeitsstabes Frauenpolitik durchgeführt, die Wissenslücken schließen sollen. In der öffentlichen Diskussion um die Erwerbstätigkeit von Frauen wird häufig deren gesellschaftliche Bedeutung vernachlässigt. Im Auftrag des Arbeitsstabes Frauenpolitik soll zusammengestellt werden, welchen Beitrag die erwerbstätigen Frauen zum Steueraufkommen unseres Landes und zum System der sozialen Sicherung leisten.

Vielfach wird behauptet, daß die Leistungen der Frauen in der Familie vom Staat nicht ausreichend honoriert werden. Eine Untersuchung soll daher die Leistungen des Staates für Frauen in der Familie aufzeigen. Frauen sind auch im öffentlichen Leben unterrepräsentiert, insbesondere in den Parlamenten sind sie nicht in ausreichendem Maße vertreten. Der Arbeitsstab Frauenpolitik will durch eine Untersuchung der unterschiedlichen Wahlsysteme auch unter Einbeziehung der Erfahrungen des Auslands herausfinden lassen, ob es Möglichkeiten gibt, durch Änderung der Wahlsysteme eine bessere Vertretung der Frauen zu erreichen.

Dieser kurze Überblick über die Tätigkeitsfelder des Arbeitsstabes Frauenpolitik zeigt bereits, welch breites Spektrum er abdeckt. Der Arbeitsstab hat bisher gute Arbeit geleistet und ist auch erfolgreich gewesen. Seine Anbindung an ein Fachressort hat sich günstig auf seine Durchsetzungsfähigkeit ausgewirkt, da er über diese Fachzuständigkeit direkt an den Arbeiten der Regierung beteiligt war. Das Gespür für die besonderen



Belange von Frauen hat sich bei den Bundesministerien durch die Tätigkeit des Arbeitsstabes erheblich verbessert. Ich denke, daß dies für meine Nachfolgerin eine gute Grundlage für ihre weitere Arbeit ist.

Wesentliche Aufgaben der nächsten Monate und Jahre sind schon vorgegeben. Bis Ende 1982 wird der Arbeitsstab in Zusammenarbeit mit allen Bundesministerien den Erfahrungsbericht zum Arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetz vorlegen. Gemäß dem Auftrag des Bundestages wird dieser Bericht auch einen zweiten Teil über Benachteiligungen von Frauen in Bereichen wie Werbung, Medien, Geschäftsverkehr, Wohnungsvergabe und bei der Vertretung in Parlamenten und anderen öffentlichen Ämtern umfassen. Der Arbeitsstab wird bei diesem Teil ebenso wie bei dem Bereich des Arbeitslebens darauf achten, daß nicht nur die Nachteile der Frauen aufgezählt werden, sondern daß möglichst kurzfristig umsetzbare Vorschläge zur Überwindung dieses Zustandes vorgelegt werden.

Hand in Hand mit Erstellung dieses Berichts geht die vom Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung zur 9. Legislaturperiode versprochene Prüfung, ob durch ein Antidiskriminierungsgesetz oder Gleichstellungsgesetz - der Name liegt noch nicht fest - die Situation der Frauen verbessert werden kann. Der Arbeitsstab Frauenpolitik muß hier zusammen mit dem Innenministerium alle gesetzgeberischen Möglichkeiten abklopfen und für die vielen gestellten Forderungen einen Entwurf zusammenstellen, der noch in dieser Legislaturperiode machbar ist.

Des weiteren hat der Arbeitsstab das Vertragsgesetz zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau als Grundlage für die Ratifizierung dieser in Kopenhagen von der Bundesrepublik unterzeichneten Konvention im Bundestag einzubringen.

Schließlich finden sich in den Schreibtischschubladen des Arbeitsstabes noch eine ganze Reihe von geplanten Maßnahmen, insbesondere Modellversuche und Untersuchungen, die bisher aus Haushaltsgründen nicht beziehungsweise noch nicht angefaßt werden konnten. Ich will dazu zwei Beispiele nennen. Sinnvoll wäre zum Beispiel ein Modellprojekt: Unterstützung von Mädchen in ländlichen Regionen durch besondere Angebote der Jugendarbeit oder ein Modelllehrgang für Personalchefs und Mitarbeiter in der Personalverwaltung zur beruflichen Förderung von Frauen.

Meiner Nachfolgerin wünsche ich zur Gestaltung und Fortentwicklung der im Arbeitsstab Frauenpolitik begonnenen Ansätze allen Erfolg. (-/18.3.1981-hf/ca)



## Nicht die Legalität zurückprügeln

-----  
Am Anfang muß der erkennbare Wille zur Reform stehen

Von Gerhard Schröder MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Daß in Nürnberg der Rechtsstaat auf der Strecke blieb, wird immer deutlicher. Haftbefehle vom Band sind erlassen dort. Entlastungszeugen wurden nicht gehört, Eltern verhafteter Minderjähriger nicht benachrichtigt. Mit pauschalen Haftgründen wurde der Vollzug der Haftbefehle legitimiert. In Bayern wurde der Ausnahmezustand geprobt.

Die politische, nicht etwa die juristische Begründung lieferte der Ministerpräsident des Freistaates, Franz Josef Strauß. Er hatte schon Tage zuvor - am Aschermittwoch - nämlich die Hausbesetzer pauschal mit Terroristen gleichgesetzt. Und dies ist der eigentliche Skandal: Es drängt sich der Verdacht auf, daß die bayerische Justiz allzu willfährig die unsinnige politische Einschätzung von Franz Josef Strauß zur Legitimation ihrer Rechtsprechung gemacht hat. Strauß hat offenbar erfolgreich versucht, die Justiz seinen politischen Zwecken dienstbar zu machen. Wo aber dies geschieht, wird der Rechtsstaat, der von der Trennung beider Gewalten lebt, beerdigt. Die nachträglichen Vorverurteilungen der Festgenommenen sind der zweite Skandal. Da redet der Ministerpräsident, da redet der Innenminister, ja sogar der Justizminister öffentlich von Landfriedensbruch. Er konstatiert Straftaten und greift damit erneut den Gerichten vor. In England würden sie allesamt bestraft werden müssen.

Ist der Justizskandal von Nürnberg ein Sonderfall oder ist Bayern überall? Ein allgemeines Urteil ist (noch) nicht möglich. Doch es gibt Anzeichen, daß die bayerische Strategie wieder einmal zur Strategie der Union gemacht werden soll. Denn es geht nicht um Nürnberg allein. Es geht um die Frage, wie der Staat auf Protest, auch auf formal rechtswidrigen Protest, reagieren soll. Zwei Konzepte sind erkennbar. Sie verbinden sich mit dem Namen zweier Städte, Berlin und Nürnberg, ohne auf diese beiden Städte beschränkt zu sein.

Worum geht es?

Hausbesetzungen sind illegal, ob in Berlin oder in Nürnberg, Wer aber meint, mit dieser Feststellung zufrieden sein zu können, der irrt gewaltig. Er drückt sich um die Frage, ob angesichts von Wohnungsnot und unverschämter Spekulation mit bestehenden Wohnungen



Besetzungen nicht legitim sein können. Davon ist auszugehen, in Berlin, aber auch in anderen Brennpunkten der Spekulation. Es gibt also das Problem, das Legalität und Legitimität auseinanderfallen. Die Folge ist notwendig, daß das Bewußtsein, mit der Besetzung eines leerstehenden, zu Spekulationszwecken genutzten Hauses Unrecht zu tun, nicht, oder nicht mehr vorhanden ist. Nun kann es in einem Verfassungsstaat keine Durchbrechung der Legalität unter Berufung auf die Legitimität auf Dauer geben. Es stellt sich daher die Frage, wie beides wieder zusammengebracht werden soll. Und hier beginnt der Dissens zwischen den Regierenden in Berlin und Bayern.

Die Methode von Strauß ist einfach. Er stellt Illegalität von Hausbesetzungen fest, stellt die Betroffenen in die Nähe von Terroristen und versucht, mit Hilfe von Polizei und Justiz zu reagieren. Die teilweise vorhandene Legitimität des Handelns der Besetzer nimmt er nicht zur Kenntnis. Er läßt sie in die Legalität zurückprügeln, eine Legalität, die die Betroffenen zurecht als unsozial und unmoralisch ablehnt. Daß dieses Konzept wachsende Minderheiten von jungen Leuten produziert, die kein Vertrauen in die friedensstiftende Qualität des Staates haben, liegt auf der Hand. So gesehen schafft Strauß jene Anfälligkeit für Parolen wirklicher Rechtsbrecher, mit der er dann versucht, sein jetziges Handeln zu begründen. Er und Leute seines Geistes sind verantwortlich dafür, wenn Jugendliche auf Rattenfängerparolen hereinfallen. Strauß ist in diesem Sinne der politische Anstifter für kriminelles Verhalten.

Dagegen steht das Berliner Konzept. Man sieht dort die Kluft zwischen Legalität und Legitimität. Man sieht auch, daß diese Kluft überwunden werden muß. Aber nicht durch stures Festhalten an einer nicht mehr begründbaren Legalität, sondern durch die Veränderung derselben. Und allein dies ist die Antwort, die weiterhilft. Wo Wohnungen leerstehen, wo sie Spekulationsgut geworden sind, wo als Folge dessen erhaltenswerter Wohnraum zerstört wird, wo intakte Stadtteile vernichtet, Bewohner vertrieben und so langjährige soziale Beziehungen zerstört werden, da muß den dafür Verantwortlichen die Berufung auf die Legalität verwahrt werden. Da muß die bestehende Gesetzlichkeit verändert werden. Da muß Rechtsfrieden dadurch wieder hergestellt werden, daß man auf die berechtigten Anliegen der Besetzer eingeht, den Versuch der Beseitigung macht.

Erst wenn man das erkennbar tut, kann man erwarten, daß sich Respekt vor dem Gesetz auf einer neuen Stufe herstellt. Und das ist die Alternative, die die Alternative in der Behandlung des Jugendprotestes sein wird: Strauß ist angetreten, das Bestehende um jeden Preis mit dem Knüppel zu stützen. Er nimmt die Kriminalisierung großer Teile der Jugend in Kauf. Er führt keinen Dialog, er sperrt ein und grenzt so aus.

Wir müssen bereit sein, eine menschenfeindliche Situation, die formalrechtlich geschützt ist, zu verändern. Je entschiedener wir das tun, umso größer ist die Chance, einen Dialog mit den von Strauß Ausgegrenzten wieder möglich zu machen. Am Anfang muß der erkennbare Wille zur Reform stehen, als Voraussetzung verlorengegangener Glaubwürdigkeit. Wenn wir dies durchhalten, werden wir in diesem Dialog auch die Spreu derer, die Putz um jeden Preis wollen, vom Weizen der Friedfertigen trennen können.

(-/18.3.1981/hl/ca)

+ + +



### Die Bundeswehr braucht keinen Vergleich zu scheuen

---

Wir werden der Opposition nicht zugestehen, Zweifel zu säen

Von Paul Neumann MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuß

Der Bundesminister der Verteidigung hat heute gemeinsam mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages Bericht über die Rüstungsklausur im Bundesministerium der Verteidigung vom 4. bis 6. März 1981 erstatet. Der Bericht war umfassend und hat Klarheit über die mittelfristige und langfristige Rüstungsplanung der Bundeswehr gebracht. Mit Befriedigung stellen wir Sozialdemokraten fest:

**Erstens:** Im Bereich der konventionellen Bewaffnung wird die Bundeswehr die Modernisierung ihrer Ausrüstung durch die Beschaffung einer neuen Waffengeneration unverändert fortsetzen. Die großen Ausrüstungsvorhaben, darunter 1.800 Leopard 2, 322 MRCA TORNADO, sechs Fregatten 122, werden in der vorgesehenen Stückzahl beschafft. Für die weiteren großen rund 25 Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr wird auch weiterhin die Finanzierung gesichert sein. Damit wird die Bundeswehr auch weiterhin zu den bestausgerüsteten Armeen der Welt gehören. Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß sich die Teilstreitkräfte allerdings darauf einzustellen haben, daß sie in Zukunft bei jedem neuen Waffensystem gefragt werden, ob das, was technisch möglich, für den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr auch notwendig ist.

**Zweitens:** Der Bundesminister der Verteidigung und der Generalinspekteur der Bundeswehr haben in ihren Vorträgen vor dem Verteidigungsausschuß keinen Zweifel daran gelassen, daß die materielle Ausrüstung der Bundeswehr keinen Vergleich zu scheuen braucht. Der Generalinspekteur hat dies mit einem Zitat aus der INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE aus dem Januar 1980 belegt: "Für die NATO ist es eine der optimistischsten Aussichten für die 80er Jahre, daß sich die Bundesrepublik Deutschland zu dem Land mit den beeindruckendsten konventionellen Streitkräften in Westeuropa entwickelt". Damit ist für uns klar, daß die Einsatzfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr nicht gefährdet sind. Die Motivation der Soldaten der Bundeswehr ist besser als die CDU/CSU behauptet. Wir werden daher der Opposition nicht zugestehen, hier Zweifel zu säen.

**Drittens:** Wir Sozialdemokraten begrüßen die Stärkung der Zuständigkeit des Generalinspektors für die Planung der Bundeswehr. Entscheidungs- und Weisungsbefugnis für die Gesamtkonzeption des militärischen Bereichs gehören in die Hand des Generalinspektors. Weiter begrüßt die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen, daß eine Arbeitsgruppe des Ministeriums unter der Gesamtverantwortung des Staatssekretärs Dr. Leister bis zum Jahresende 1981 Entscheidungshilfen für Minister Apel erarbeiten soll, wie die Bundeswehr angesichts sich verändernder wirtschaftlicher und technologischer Entwicklungen ihre personelle und materielle Einsatzbereitschaft in den 90er Jahren bewahren kann. Wir werden diese Beratungen kritisch begleiten.

**Viertens:** Es bleiben dennoch Sorgen. Der Bundesminister der Verteidigung hat vor dem Verteidigungsausschuß einen Mehrbedarf von einer Milliarde DM für den Zeitraum von 1982 bis 1984 gegenüber der geltenden Finanzplanung besonders für die Bereiche Mate-



rialerhaltung, Infrastruktur, bei Betriebsstoffen, Munition und dem TORNADO-Waffensystem geltend gemacht. Insgesamt beträgt der Mehrbedarf für die Jahre 1982 bis 1984 2,3 Milliarden DM; doch hat der Verteidigungsminister durch Verschieben und Streichen einer Reihe von Vorhaben diesen Mehrbedarf um 1,3 Milliarden DM verringern können.

Darüber hinaus hat der Bundesminister der Verteidigung kaum Zweifel daran gelassen, daß Voraussetzung für den Bau und die Einführung der großen - und vom Parlament gebilligten - Beschaffungsvorhaben der volle Ausgleich der Preissteigerungsraten für die Verteidigungshaushalte bis 1984 ist. Dazu stellte der Verteidigungsminister fest, daß ein weiteres Absinken des Anteils der Verteidigungsausgaben von 1981 mit 18,3 Prozent bis 1984 auf 16,9 Prozent an den Bundesausgaben nicht denkbar sei. Auch wir Sozialdemokraten in der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen glauben, daß langfristig die Verteidigungsausgaben etwa auf der gleichen Höhe bleiben müssen wie bisher, da sonst die in der Rüstungsklausur als unabweisbar erklärten Vorhaben zur Verbesserung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr nicht finanzierbar sein würden.

Fünftens: Es muß weiter festgestellt werden, daß Mittel für den Umfang des deutschen Beitrags zu der seit einiger Zeit gemeinsam mit den USA untersuchten Unterstützung für die amerikanischen Verstärkungstreitkräfte aufzubringen sind. Zwar kann der Umfang noch nicht endgültig festgelegt werden, doch hat der Verteidigungsminister festgestellt, daß Mittel für die Verwirklichung des "host nation support" in der gültigen Finanzplanung nicht enthalten sind.

Im übrigen haben die Ausführungen des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Hans Apel (SPD), vor dem Verteidigungsausschuß gezeigt, daß durch die Rüstungsklausur der Haushaltsentwurf 1981 nicht betroffen wird. Damit zeigt sich, daß das Verhalten des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter-Kurt Würtzbach MdB, dem Bundesminister der Verteidigung die Haushaltsunterlagen zurückzuschicken, tatsächlich das ist, was der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Knut Terjung, "politische Clownereien" genannt hat. (-/18.3.1981/ks/oa)

+ + +



**Blüm setzt Verwirrspiel fort**  
-----

**Der Montan-Kompromiß der Koalition soll verhindert werden**

**Von Hans Urbaniak MdB**

**Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen**

Die Union bleibt beim Thema Montan-Mitbestimmung auf dem Strauß-Blüm-Kurs vom Sommer letzten Jahres, das allein taktisch begründete Verwirrspiel wird also fortgesetzt. Die CDU/CSU weigert sich weiter, einen Beitrag zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung zu leisten. Sie hat nur ein Ziel, die parlamentarische Beratung des Mitbestimmungskompromisses der sozial-liberalen Koalition zu verzögern oder noch lieber, zu verhindern. Die Strategie "nur keine Alternative nennen", kommt wieder einmal zur Anwendung. Die Aufforderung an die Bundesregierung, den Gesetzentwurf zur Sicherung der einzigen echten Mitbestimmung zurückzuziehen, soll ein "konstruktives Nein" bedeuten, im Klartext heißt das aber, wir sollen tatenlos zusehen, wie Mannesmann am 1. Juli 1981 aus der paritätischen Mitbestimmung herausfällt. Jeder, natürlich auch die Union, weiß im Übrigen, daß andere Unternehmen binnen kürzester Frist dem Beispiel Mannesmann folgen könnten.

Wenn die Opposition tatsächlich eine konstruktive Alternative erarbeitet hätte, wäre ein Gesetzentwurf präsentiert worden, dazu hat es wieder einmal nicht gereicht, Wirtschaftsrat und Sozialausschüsse blockieren sich gegenseitig. Statt dessen wird aus optischen Gründen - als kleinster gemeinsamer Nenner - ein Entschließungsantrag vorgelegt, um nach Möglichkeit allen Seiten gerecht zu werden - das kann bei der Mitbestimmung nun wirklich nicht gelingen. Allein die Arbeitgeber können mit der Unionsidee zufrieden sein, denn die verbale Aktion der CDU/CSU hat tatsächlich die kurzfristige Abschaffung der Montan-Mitbestimmung, zum Beispiel bei Mannesmann, zum Ziel. Wie man mit dem Entschließungsantrag den Gewerkschaften imponieren will, ist unbegreiflich, denn selbst wenn dem allgemeinen Antrag kraft anderer Hilfe ein Gesetzentwurf und dann ein Gesetz mit reduziertem Montanumsatzkriterium von 30 Prozent folgen würde, wäre damit dem aktuellen Problem allenfalls für zwei/drei Jahre abgeholfen - das von der sozial-liberalen Koalition vorbereitete Gesetz sichert dagegen die Montan-Mitbestimmung bis 1987.



Wenn der Vorsitzende der Sozialausschüsse behauptet, die Union habe das eingehalten, was sie vor der Bundestagswahl gesagt habe, ist das richtig und falsch zugleich. Richtig deshalb, weil die Union nur versprochen hatte, eine gesetzliche Änderung mitzutragen, nach der Unternehmen bis zur Montanumsatzgrenze von 30 Prozent mitbestimmt bleiben sollten. Man muß sich aber genau erinnern: Strauß hatte zur Bedingung gemacht, daß alle politischen Parteien und die Tarifvertragsparteien dem zustimmten. Da aber vorhersehbar war, daß sich weder die Arbeitgeber noch die Gewerkschaften dafür erwärmen würden, konnte sich Strauß ausrechnen, so oder so nicht Wort halten zu müssen. Falsch ist die kühne These deshalb, weil mit den Blüm-Worten suggeriert werden soll, man habe vor der Bundestagswahl in Sachen Mitbestimmung überhaupt etwas konkretes versprochen. Die Spekulation auf die kurzen Gedächtnisse anderer geht nicht immer auf.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes und des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes muß zügig beraten werden, das Gesetz muß zur Jahresmitte im Gesetzblatt stehen, sonst geht die Kalkulation der Arbeitgeber doch noch auf, sonst entfällt die Mitbestimmung bei Mannesmann. Es geht um die Sicherung der echten Mitbestimmung, zunächst bis 1987, der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist die erste Stufe zur dauerhaften Sicherung der Parität. Die SPD hat nie Zweifel aufkommen lassen, daß sie rechtzeitig und mit allen Mitteln für die spätere Anschlußgesetzgebung kämpfen wird. Die Gewerkschaften haben dasselbe Ziel. Die Gewerkschaften stimmen mit uns auch überein, daß das Mitbestimmungsgesetz '76 zur vollen Parität fortentwickelt werden muß. Alle Beteiligten haben zur Kenntnis zu nehmen, daß die Union zur konstruktiven Opposition weder willens noch in der Lage ist, daß sie keinen Beitrag zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung leisten will. (-/18.3.1981/ks/va)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

